

Welche Produkte und Dienstleistungen brauchen wir und wie wollen wir sie produzieren?

Eine gesellschaftliche Debatte darüber, wie wir leben und arbeiten wollen, ist überfällig. Längst sind die Grenzen der notwendigen Produktion erreicht. Längst reicht der weltweit produzierte Reichtum aus, um allen Menschen ein anständiges Leben zu sichern. Es gibt von der materiellen Seite her überhaupt keinen Grund, Menschen unter Druck zu setzen länger oder überhaupt einer Erwerbsarbeit nachzugehen.

Aus Nachhaltigkeitsgesichtspunkten wäre sogar ein Zurückfahren so mancher Produktion dringend erforderlich. Der Wachstumsprozess kann nicht weitergehen wie bisher und auch die notwendige Umstellung auf qualitatives Wachstum wird nicht ausreichend Spielräume schaffen.

Alle Beteiligten an unserem Projekt Globale Soziale Rechte sind sich darüber einig, dass es nicht nur aus menschenrechtlichen Gründen geboten, sondern auch tatsächlich möglich ist, allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe und eine angemessene materielle Sicherheit zu garantieren, ohne dass dies mit weiteren Bedingungen an ihr Verhalten verbunden werden darf. Die Kürzung des Arbeitslosengeldes II bis zu Null bei irgendwelchem Fehlverhalten ist ebenso unakzeptabel und unnötig wie die Verweigerung von Mindesthilfen gegen den Hunger, wie sie die Weltbank für arme Länder vorschlägt, falls die Kinder der Bedürftigen statt in die Schule zur Arbeit gehen – wobei das konkrete Niveau der Armut höchst unterschiedliche ist.

Auf diesem gemeinsamen Hintergrund gibt es einen Dissens über die angemessenen Mittel zur Erreichung dieses Ziels. Im Mittelpunkt steht die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen. Sie ist in unserem Projekt nicht unmittelbar vertreten, sondern nur indirekt über den Vorschlag eines Mindesteinkommens gegen den Hunger. Einige von uns sehen das keinesfalls als Schritt zu einer bedingungslosen Zahlung an alle, sondern lediglich als konkrete armutspolitische Maßnahme. Die im Süden an solchen Kampagnen Beteiligten schließen bewusst an die hiesige Grundeinkommensdiskussion an und betonen, dass der Vorschlag auch in dieser Beschränkung den Anspruch auf ein unbedingtes Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Reichtum beinhaltet. Wie also soziale Sicherheit für alle schaffen? Ist Vollbeschäftigung als Basis dafür wieder möglich und vor allem wünschenswert?

Gegen die Möglichkeit der Vollbeschäftigung gibt es durchaus gewichtige Einwände. Der kapitalistischen Konkurrenz wohnt eine Tendenz zur massiven Steigerung der Produktivität inne. Dagegen bietet eine in breitem Umfang durchgesetzte Arbeitszeitverkürzung sicher einige Möglichkeiten und ist eine richtige Maßnahme, bleibt aber angesichts des Umfangs des Problems unzureichend. Zwar ist sie augenblicklich kaum durchsetzbar und als Forderung bei den Beschäftigten wenig populär, aber wichtiger ist, dass Arbeitszeit nicht beliebig verkürzt werden kann, ohne die Reproduktion des Kapitals zu gefährden. Wer auf diesem Weg soziale Sicherheit für alle herstellen wollte, müsste so viele Menschen in ausreichend bezahlte Erwerbsarbeit bringen, dass eine Arbeitszeit von zwanzig Wochenstunden wahrscheinlich noch zu lang wäre. Auseinandersetzungen um die Arbeitszeit sind zwar immer (ebenso wie um Löhne) ein Streit um die Verteilung von notwendiger und Mehrarbeit. Solche Auseinandersetzungen müssen so oder so erst einmal gesellschaftlich gewonnen werden. Das gälte auch für ein bedingungsloses Grundeinkommen, wenn es zumindest teilweise aus den Unternehmensgewinnen finanziert werden sollte. Insofern haben beide Vorschläge das gleiche Problem der gesellschaftlichen

Durchsetzungsfähigkeit zu lösen.

Dabei spielt es dann eine entscheidende Rolle, wie das gesellschaftlich hegemoniale Denken über eine „gerechte“ Verteilung von Einkommen und Gewinn aussieht. Der Wert der Ware Arbeitskraft, also ihre bloßen Reproduktionskosten, besagt für sich genommen noch nichts darüber, wie weit ihr Preis darunter (wie aktuell vielfach der Fall) sinken oder darüber steigen kann. Daraus entstehen Spielräume, die ebenfalls beiden Vorschlägen nützen oder schaden können. Da ein bedingungsloses Grundeinkommen auf soziale Sicherheit für alle zielt, scheint es bezüglich gesellschaftlicher Akzeptanz und Zustimmungsfähigkeit der vielversprechendere Vorschlag zu sein.

Bei einer Arbeitszeitverkürzung im oben beschriebenen Umfang bekommt zusätzlich eine systematische Grenze ganz praktische Relevanz. Zwar kann sich das Kapital durch Steigerung des relativen Mehrwerts (Arbeitszeitverdichtung) gegen die Folgen der Verkürzung wehren, aber irgendwo kommt der Punkt, wo nicht nur der Profit kleiner wird, sondern der gesamte Verwertungszyklus misslingt. Das ändert sich nicht dadurch, dass bisher unbezahlte in bezahlte Tätigkeit umgewandelt wird, etwa in der Pflege oder anderen Dienstleistungen. Produzieren diese Tätigkeiten einen Mehrwert, gilt der beschriebene Mechanismus auch für sie, erzielen sie keinen, müssen sie durch staatliche Umverteilung von anderswo entstandenem Mehrwert finanziert werden und stoßen an die gleiche Grenze. Dazu kommt, dass nicht nur einfach die Produktivität der Arbeit steigt, sondern dass mit der elektronischen Revolution dieser Prozess systematisch rascher voranschreitet als die Aufnahmefähigkeit der Märkte für neue Produkte. Im Gegensatz dazu hatte der fordistische Kapitalismus mit dem Auto und seiner Folgeproduktion noch eine Nachfrageebene geschaffen, die mehr Arbeitszeit absorbierte als er durch eine neue Organisation des Arbeitsprozesses einsparte.

Verschärft wird diese Gesamtlage dadurch, dass global heute noch annähernd drei Milliarden Menschen von Subsistenzlandwirtschaft leben. Ihr Produkt wäre durch vielleicht 50 Millionen Beschäftigte in moderner Agrarproduktion herstellbar. Woher sollen Vollerwerbsarbeitsplätze für die alle kommen? Wie sollte die Welt diese zusätzliche Produktion ökologisch verkraften können? Und wer sollte all die so hergestellten Produkte brauchen? Schon heute leiden die Menschen ja nicht unter einem Mangel an Produkten, sondern umgekehrt hat das Kapital das Problem, wie es all seine Produkte auch verkaufen und damit überhaupt erst ihren Wert realisieren soll. Und dabei rede ich nur von der tatsächlichen Produktion, nicht von den vorhandenen und nicht genutzten Kapazitäten.

Wenn nun das Einkommen der Menschen von Arbeitsplätzen abhängen soll, die systematisch gar nicht für alle zur Verfügung stehen können, dann müssen die Beschäftigten jeden Arbeitsplatz verteidigen, selbst den beschissensten und ökologisch und sonst wie unsinnigsten. Wer will, wer kann von den Menschen verlangen, dass sie unter solchen Umständen über ökologisch und sozial dringend notwendige Alternativen nachdenken? Dringend erforderlich wäre eine Debatte darüber, was denn die Produkte und Dienstleistungen wären, die für ein gutes Leben aller notwendig sind, die also die Not wenden würden? Was wir produzieren wollen und wie müsste dringend in einem umfassenden demokratischen Prozess diskutiert und entschieden werden. Aber wie sollte nachhaltiges Umsteuern und eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs aus der Produktion heraus und durch die Arbeiterinnen und Angestellten erfolgen, die doch auf ihre Arbeitsplätze angewiesen sind? Wie durch die Erwerbslosen, die ebenfalls auf einen der nicht vorhandenen Arbeitsplätze warten? Wer ernsthaft eine nachhaltige, sozial- und umweltverträgliche Wirtschaft will, wird zuerst dafür sorgen müssen, dass die Menschen sich um ihr materielles Überleben keine Sorge machen müssen. Und dazu brauchen alle ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Werner Rätz, attac AG Genug für alle